

Das andere Bauhaus-Erbe: Leben in den Plattenbausiedlungen Sachsen-Anhalts heute



**Transferworkshop 2019
der Expertenplattform
Demographischer Wandel in
Sachsen-Anhalt**



Expertenplattform
Demographischer Wandel
in Sachsen-Anhalt

Inhalt

Bauhaus und Plattenbau?	3
Plattenbausiedlungen in Sachsen-Anhalt	5
Standortnachteil?	8
Segregation	10
Wohn- und Lebensqualität	14
Plattenbausiedlungen und Politik	18
Handlungserfordernisse und -optionen	21

IMPRESSUM

Expertenplattform Demographischer Wandel in Sachsen-Anhalt, c/o Interdisziplinäres Zentrum für Altern Halle (IZAH), Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Ernst-Grube-Straße 40, 06120 Halle (Saale). Sprecher: Prof. Dr. Peer Pasternack
Internet: <http://expertenplattform-dw.de/>

Halle (Saale) 2019

Verfasser: Peer Pasternack, Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF), eMail: peer.pasternack@hof.uni-halle.de

Bildnachweise: S. 1, 8, 26: Pjotr Bronikowski; S. 4: bauhaus – zeitschrift für gestaltung 2/1929; S. 9, 10, 12, 14, 15, 20: IWH; S. 11: WZB/Marcel Helbig; S. 15, 24: SPI/Quartiersmanagement Magdeburg-Neu Olvenstedt; S. 16: Freiraumgalerie Halle; S. 17: Fraunhofer IMWS Halle; S. 22: Angelika Mettke; S. 28: HoF.

Der Workshop wurde im Auftrag der Expertenplattform vom Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF) (Peer Pasternack, Steffen Zierold) und dem Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (Gerhard Heimpold) organisiert.

2018 waren die ländlichen Regionen das Thema des Workshops der Expertenplattform (EPF), 2019 nun die Problemfälle im urbanen Bereich: die Plattenbausiedlungen. Dabei erwies es sich als Vorteil, dass das zeitgleich begangene Jubiläum „100 Jahre Bauhaus“ eine Lücke gelassen hatte. Es feierte die Prägungen des Designs und der Architektur, die heute noch als schick gelten. Abwesend im Jubiläumsprogramm war das andere Erbe: die Radikalisierung des Neuen Bauens in Gestalt von industriell errichteten Plattenbausiedlungen.

Aus Anlass des EPF-Workshops erschien zugleich das Buch „Das andere Bauhaus-Erbe. Leben in den Plattenbausiedlungen heute“ im Berliner Wissenschafts-Verlag. Die zentralen Ergebnisse aus Workshop und Buch können hier nun präsentiert werden.

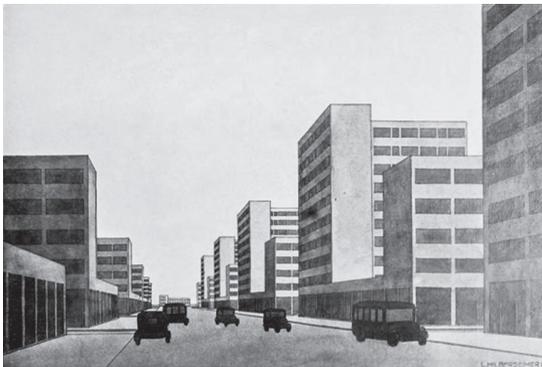
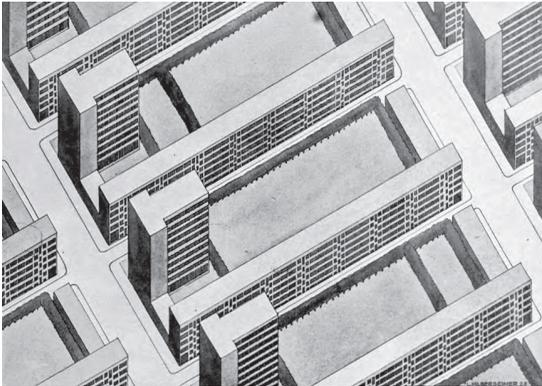


Bauhaus und Plattenbau?

Man könnte einwenden, dass in den Bauhaus-Jahren 1919 bis 1933 kein industrialisierter Großsiedlungsbau stattgefunden habe. Doch stünde diesem Einwand mindestens eines entgegen: Diese Form des Wohnungsbaus wurde (auch) am Bauhaus vorgedacht, so von **Ludwig Hilberseimer**, der dort seit 1929 Bauen und Planen lehrte (Abb. S. 4).

Zwar blieb in der Jubiläumsgestaltung 2019 das Neue Bauen ‚an sich‘ nicht völlig unberücksichtigt. Doch waren es allein Solitäre und Mustersiedlungen, denen Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Diese indes hatten technologisch und gestalterisch den Grund auch für die Serienfertigung gelegt: die Priorität des rechten Winkels, die Fensterbänder, die Serialität, auch in der Detailgestaltung, Funktionstrennung und radikale Funktionalität.

Als sich in der DDR ab den 50er Jahren das industrialisierte Bauen durchsetzte, waren es dann auch vor allem ehemalige Bauhüsler und Bauhaus-inspirierte Städteplaner gewesen, die an der Spitze dieser Bewegung standen. Am einflussreichsten unter ihnen wurde **Richard Paulick**, einst Assistent bei Bauhaus-Direktor Walter Gropius, dann in Hoyerswerda und Schwedt für die Planungen verantwortlich und in Halle-Neustadt der erste Chefarchitekt.



Ludwig Hilberseimer, 1929: Ideen für einen industrialisierten Wohnungsbau

Die neuen Siedlungen galten als Einlösung eines Versprechens, das nicht nur im Städtebau sozialistischer Länder formuliert wurde: modern, funktional, komfortabel. Dies folgte allgemeinen Stadtvorstellungen des 20. Jahrhunderts, in Ost wie West. Typisierung, Weite, Licht und grüne Stadt, Nachbarschaft und Planbarkeit urbanen Lebens waren die zentralen Ideen, vor allem aber: **Funktionalität und Rationalität**. Beide standen für Modernität. Städtebaulich folgten die Projekte der generellen Vorliebe der Moderne für Reißbrettstädte. Dass sich derart soziale Prozesse durch Architektur und Städtebau steuern ließen, war international weithin geteilte Auffassung in der modernen Stadtplanung

Den Ausgangspunkt in der DDR bildeten zwei Probleme, die gleichfalls nicht allein DDR-typisch waren: **Wohnungsmangel und unzulängliche Wohnqualität**. Sowohl ökonomische Gründe als auch das Gleichheitsversprechen des Sozialismus führten dazu, dass es **genormte Lösungen** waren, die den Wohnungsmangel beheben und die Wohnqualität erzeugen sollten. Dies wurde

damals weniger als defizitär empfunden, sondern als gerecht. Plausibilität gewinnt das, wenn man sich die Wohnsituation der Bevölkerungsmehrheit zwanzig Jahre nach dem Kriegsende vergegenwärtigt. Die Wohnqualität, die dann mit den Neubauten realisiert wurde, war seinerzeit nicht selbstverständlich (und ist es in weiten Teilen der Welt auch heute nicht).

Selbstredend entstanden auch andernorts solche Siedlungen, doch ihren deutlichsten Ausdruck hat der industrialisierte Wohnsiedlungsbau in der DDR und anderen osteuropäischen Ländern gefunden. Zum Ende der DDR lebte dann ein Drittel aller Einwohner in einer Plattenbausiedlung (und ein Viertel in Großwohnsiedlungen). Heute ist es im Osten Deutschlands jede.r Fünfte. Dort ist diese Wohnform nach wie vor **prägendes Element der Stadtlandschaften**, in den westlichen Bundesländern deren gelegentliche Ergänzung.

Plattenbausiedlungen in Sachsen-Anhalt

In Sachsen-Anhalt gibt es **fünf Großwohnsiedlungen** (von insgesamt 171 in Ostdeutschland). Solche haben mindestens 2.500 Wohnungen, und die besagten fünf sind Neustadt und Silberhöhe in Halle, Magdeburg Neu-Olvenstedt, Wolfen-Nord sowie Stendal-Stadtsee. Daneben finden sich zahlreiche weitere Siedlungen, etwa Blankenburg-Regensteinsiedlung, Calbe-Große Mühlenbreite, Dessau-Zoberberg, Gardelegen-Schlüsselkorb, Haldensleben-Süplinger Berg, Jessen-Nord, Köthen-Rüsternbreite oder Merseburg-West. Insgesamt verfügt das Land über **79** solcher **kleineren Plattenbausiedlungen**. Um sich das angemessen zu vergegenwärtigen, bedarf es der ein wenig ausufernden Tabelle auf den Seiten 6 und 7.

Die Plattenbausiedlungen stellen nicht nur architektonisch einen spezifischen urbanen Siedlungstyp dar, sondern auch sozial. Sie waren in den letzten drei Jahrzehnten den westdeutschen sehr ähnlich geworden: Die verbliebenen Einwohner der Erstbezugsgenerationen einschließlich ihrer ersten Nachwuchskohorte haben eine hohe Identifikation mit ihrer jeweiligen Siedlung; später Hingezogene sind überwiegend einkommensschwach. Bis 1989 waren sie Orte der **geplanten Expansion** und seit 1990 Orte der **ungeplanten Schrumpfung**.

Bereits Anfang der 90er Jahre war es zu einer Diskriminierungswelle der ostdeutschen Neubaugebiete gekommen. Es setzten sich Einschätzungen durch, durch, die sich zwischen Distanziertheit und Abscheu bewegen. Die Plattenbausiedlungen wurden jetzt vor allem als architektonische Zumutung und pe-

Plattenbausiedlungen in Sachsen-Anhalt (leere Felder: keine Angaben)

Stadt	Siedlungsname	Anzahl Wohnungen	
		1991	nach 2000 Rückbau auf
Großwohnsiedlungen (mehr als 2.500 Wohnungen)			
Bitterfeld-Wolfen	Wolfen-Nord	11.100	8.282 (2008)
Halle (Saale)	Halle-Neustadt	32.700	
	Silberhöhe		
Magdeburg	Neu-Olvenstedt	12.700	6.700
Stendal	Stadtsee	10.200	
Sonstige Plattenbausiedlungen			
Aken	Dessauer Chaussee/Landstraße		
Aschersleben	Hecklinger Straße	1.100	
	Kosmonautenviertel	1.600	
Bad Dürrenberg	Lutherstraße/Gradierwerk	1.200	
Bernburg	Großsiedlung Süd/West	1.500	913 (2008)
	Talstadt		2.009 (2008)
	Zepziger Weg		1.435 (2008)
Bitterfeld-Wolfen	Krondorf		
Blankenburg	Regensteinsiedlung	1.400	
Burg	Burg Süd	1.400	1.178 (2016)
Calbe	Große Mühlenbreite		
	Kleine Mühlenbreite		
Dessau-Roßlau	Friederikenplatz		1.640 (2007)
	Kleine Schaftrift		1.000 (2007)
	Zoberberg	3.100	2.400 (2007)
Eisleben	Raismeser Straße/Am Sonnenweg	700	
	Helbraer Str./Gerbstedter Str.	1.800	
Gardelegen	Schlüsselkorb	1.100	
Genthin	SG Baumschulenweg		
	S7 Umlandstraße	1.446	
	S8 Einsteinstraße		
	S9 Heinigtenweg		
Gräfenhainichen	Gartenstraße/Poetenweg	2.653	1.963 (2005)
Halberstadt	Bahnhofsvorstadt/R.-Wagner-Str.		
	Nordring-Innenstadt		
	Ernst-Thälmann-Ring	1.000	204 (2014)
	Karl-Marx-Ring		1.200 (2014)
	Wilhelm-Pieck-Ring		2.100 (2014)
	Hemann-Matern-Ring	600	
Haldensleben	Süpliner Berg	1.900	1.490 (2010)
Halle (Saale)	Südstadt		9.700
	Heide-Nord		3.877
	Wohnstadt Nord/Trotha	2.200	
Havelberg	Neubaugebiet	1.128	1.078 (2013)
Hettstedt	Wohngebiet II, III, IV	4.484	3.583 (2009)
Hohenmölsen	Hohenmölsen-Nord		
Jessen	Holzsdorf-Ost		
	Nord	1.228	

Stadt	Siedlungsname	Anzahl Wohnungen	
		1991	nach 2000 Rückbau auf
Klötze	An der Wasserfahrt/Am Hegelfeld		
Köthen	Rüsternbreite	3.600	
Magdeburg	Alte Neustadt	1.600	
	Jakobstraße	2.400	
	Neue Neustadt	2.000	
	Neustädter Feld	5.100	
	Neustädter See	11.000	
	Nord	10.600	
	Schilfbreite	3.200	
	Reform	5.000	
Merseburg	Innenstadt		2.400 (2008)
	West	2.000	
Nebra	Nebra-Ost		
Oschersleben	Wasserrenne	1.200	
Osterburg	Wohngebiet Golle		
Quedlinburg	Kleers	900	
	Süderstadt		1.313 (2012)
Querfurt	Querfurt-Süd		
Salzwedel	Arendseer Str.	1.400	
	Ernst-Thälmann-Str./Friedensring	1.134	
	Uelzener Straße	k.A.	
Sangerhausen	Othaler Weg	2.100	
	Süd	1.000	
	West	3.000	
Schönebeck	Am Malzmühlenfeld	2.300	
	Moskauer Straße		1.401 (2001)
	Straße der Jugend		1.659 (2002)
Staßfurt	Nord		
	Löderburger Straße	2.400	
	Am Tierpark		1.191 (2012)
Stendal	Stendal-Süd	4.400	
Thale	Blankenburger Str.		
Wanzleben	Südöstliche Stadterweiterung		
Weißenfels	Kugelberg	1.100	
	Nord	1.000	
	West	3.105	
	Süd	1.400	
Wernigerode	Burgbreite	2.100	
	Harzblick	1.500	
	Stadtfeld	2.100	
Wittenberg	Apollensdorf		
	Lerchenberg/Trajuhnscher Bach	3.200	1.600 (2007)
Wolmirstedt	Zentrum		
Zeitz	Völkerfreundschaft	1.000	
	Ost	4.621	3.186 (2010)
Zerbst	Zentrum-Nord	1.200	

Quellen: Werner Rietdorf/IRS 1991; http://www.machmaplazda.com/listen/GWSD_ST.pdf (25.3.2019)

riphere Orte stigmatisiert. Sie sind, so lässt sich zusammenfassen, **gewesene städtebauliche Leistungen** und **gewordene soziale Problemzonen**.



Stendal-Stadtsee

Standortnachteil?

Der Workshop im Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung (IWH) versammelte 51 Teilnehmer:innen aus Quartiersmanagement, Kommunalverwaltungen, Wohnungswirtschaft und Wissenschaft. Im Programm, von **Gerhard Wünscher** (EPF-Lenkungsgruppe) moderiert, wechselten Analysen und Erfahrungsberichte ab. Es ging um übergreifende Einordnungen und zwei konkrete Fallbeispiele: Magdeburg Neu-Olvenstedt und Halle-Neustadt. Die Präsentationen und Diskussionen bewegten sich zwischen **beunruhigenden Bestandsaufnahmen**, Hinweisen auf **fehlerhafte Wirkungsannahmen** und der Vorstellung von **Initiativen**, um den Entwicklungen eine andere Richtung zu geben.

IWH-Vizepräsident **Oliver Holtemöller** begrüßte die Versammlung mit einigen problematisierenden Einschätzungen aus sozioökonomischer Sicht: Für die demografische Entwicklung sei zunächst die natürliche Bevölkerungsentwicklung ausschlaggebend. Hier schreite in Ostdeutschland die Alterung schneller voran als im Westen. Deshalb könne sich das BIP je Einwohner zwischen Ost und West kaum noch weiter annähern – es sei denn, es ließe

sich Zuwanderung bewerkstelligen. Dafür erweise sich das Vorhandensein von attraktivem Wohnraum als ein Standortvorteil.

Die Plattenbauten indes zählten nicht zum attraktiven Wohnraum und seien folglich **kein stärkendes Motiv für qualifizierte Zuwanderung**. So gehe etwa die Blue-Card-Zuwanderung vor allem nach Baden-Württemberg, Bayern und in die Metropolen, kaum jedoch in die ostdeutschen Flächenländer. Die Städtebauförderung der vergangenen Jahrzehnte habe Segregationstendenzen nicht aufhalten können, obwohl nach Sachsen-Anhalt zwischen 2002 und 2016 600 Mio Euro für Städtebauprojekte seien. Daher müsse man auch die Frage stellen, ob deren Ziel „Stabilität mit Wachstumspotenzial“ erreicht werden könne. In Halle-Neustadt z.B. wäre erst einmal die Herstellung von Stabilität gut.

Der Ministerpräsident Sachsen-Anhalts **Reiner Haseloff** ordnete in seinem Vortrag die Situation gleichfalls in einen größeren Rahmen ein, akzentuierte aber etwas anders: Plattenbausiedlungen müssten keine unattraktiven Wohn-



Prof. Oliver Holtemöller



v.l.n.r.: Prof. Klaus Friedrich (bis 2015 EPF-Sprecher), Dr. Reiner Haseloff (MP), Prof. Peer Pasternack (EPF-Sprecher)

gebiete sein, wenn sie **mit anderen Angeboten kombiniert** werden, etwa Digitalisierung oder flankierenden Offerten, um in fortgeschrittenen Lebensphasen ein selbstbestimmtes Leben realisieren zu können. Vergleiche man zudem die Plattenbausiedlungen mit ländlichen Gebieten, schärfe das den Blick für die vorhandenen Qualitäten.

Mit diesen beiden Vorträgen waren auch die Hauptpunkte gesetzt, welche die weiteren Beiträge und Diskussionen dominierten: Im Mittelpunkt stand der **Zusammenhang von Segregation sowie Wohn- und Lebensqualität**.

Segregation

Marcel Helbig vom Wissenschaftszentrum für Sozialforschung Berlin präsentierte eine „**Wohnungswetterkarte**“. Sie zeigte überhitzte Wohnungsmärkte, wobei eine klare Ost/West-Trennung ablesbar ist. Im Osten gebe es kein Problem mit zahlbarem Wohnraum, sondern mit sozialer Segregation, also der Unterscheidung von Wohngebieten nach dominanten sozialen (Teil-)Gruppen. Während im Westen die Segregationstendenz eher gleichbleibend sei, sei sie im Osten zunehmend.

Die Annahme, Plattenbaugesamt bedeute automatisch Segregation, funktioniere allerdings auch nicht: Es fänden sich ebenso Plattenbausiedlungen, die weniger segregiert sind. Nennen ließen sich hier z.B. Chemnitz-Yorckgebiet, wo sehr viele alte Personen leben, oder Rostock-Südstadt in der Nähe von Innenstadt und Hauptbahnhof. **Nico Grunze** (Berlin) gibt vier **Gründe für Differenzen** zwischen Plattenbaugesamten an:

- die Abhängigkeit von der Arbeitsmarktsituation,
- das Alter der Siedlungen oder deren Lage,
- die dadurch unterschiedlich starke Abwanderung und
- der infolgedessen ungleich verteilte Wohnungsleerstand, sodass in zahlreichen Siedlungen kein Abriss stattfand, während es in anderen zu punktuellen oder gar flächenhaften Rückbaumaßnahmen kam.



Prof. Marcel Helbig

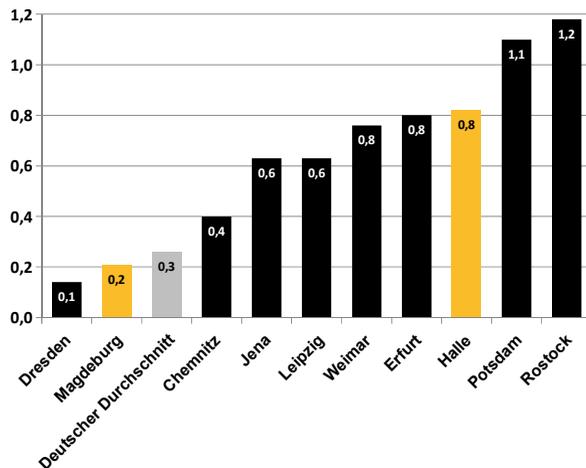
Die baulich **älteren Plattenbaugebiete** (errichtet von 1965 bis 1976) seien, so **Helbig**, auch heute noch **sozial günstiger zusammengesetzt** als die jüngeren (ab 1977):

- Städtebaulich ist dies darauf zurückzuführen, dass die Bausubstanz der jüngeren Plattenbaugebiete schlechter war als die der älteren und die älteren nach der Wende häufiger saniert wurden.
- Sozialstrukturell waren die Bewohner in den älteren Plattenbaugebieten zur Wende Ende 30 bis Anfang 50, wenn sie mit rund 25 Jahren eingezogen sind. Die Bewohner der jüngeren Plattenbaugebiete waren zur Wende-Zeit zwischen Ende 20 und Anfang 30. Die Wahrscheinlichkeit, dass sich vor allem die jüngeren Bewohner mit entsprechend jüngeren Kindern für einen Umzug, etwa ins Umland, entschieden, war höher als bei den älteren Bewohnern in den älteren Plattenbaugebieten. Dementsprechend befinden sich in den älteren Plattenbaugebieten immer noch mehr Bewohner, die bereits während der DDR-Zeit dort lebten.

Hinsichtlich der Lage deuten Unterschiede zwischen den ostdeutschen Städten darauf hin, dass **stadtmorphologische Gegebenheiten und** damit einhergehende Pfadabhängigkeiten die **soziale Segregation** langfristig bestimmen:

- Im Falle von Dresden, Magdeburg und Chemnitz hatte der Bombenkrieg vor über 70 Jahren die Städte auf einen Entwicklungspfad geführt, der heute in relativ niedrigen Werten der Armutssegregation resultiert: Große innerstädtische Brachflächen wurden für die Errichtung von Plattenbausiedlungen genutzt. In diesen Städten sind daher die Attraktivität

Durchschnittlicher jährlicher Anstieg der sozialen Segregation (Segregationsindex SGB-II-Empfänger) in zehn ostdeutschen Städten (in Prozentpunkten)



tätsunterschiede zwischen den Quartieren wesentlich kleiner als andern-Orts: Es befinden sich mehr **Plattenbauten in den Innenstädten**; es gibt auch weniger Plattenbauten und weniger Wohnraum in attraktiven Altbauten, der ab den 90er Jahren saniert werden konnte.

- In den anderen Städten hingegen waren vor allem ausgedehnte **Trabantensiedlungen** gebaut worden – z.B. Halle-Neustadt, Erfurt-Nord oder Rostock-Lichtenhagen –, in denen sich nun die Problemlagen konzentrieren.

Insofern, so **Marcel Helbig**, bestimme der Umfang der Wohnungszerstörung während des Zweiten Weltkriegs in den ostdeutschen Städten noch heute das Ausmaß sozialer Segregation. In Sachsen-Anhalt sei hier insbesondere **Halle-Neustadt** auffällig: Eine so hohe SGB-II-Quote wie dort gebe es bundesweit nur in vier weiteren Städten. Wollte man die bestehende Segregation z.B. in der Stadt Halle (Saale) insgesamt auflösen, dann müssten 40 Prozent aller SGB-II-Empfänger im Stadtgebiet umziehen.

Zu der hohen Konzentration Einkommensschwacher in den Plattenbauten hat beigetragen, dass es nicht nur **selektive Abwanderung**, sondern auch **selektiven Zuzug** in die Trabantensiedlungen gab (und gibt). Die seit den 90er Jahren Hingezogenen sind vor allem dadurch gekennzeichnet, aufgrund ihrer Lebenssituation wenig Wahlmöglichkeiten hinsichtlich der Wohnlage zu haben.



Bei der Betrachtung der SGB-II-Quoten von Kindern z.B. falle eines auf: Besonders in den jüngeren Plattenbaugebieten ist es zu einem enormen Anstieg von **Kinderarmut** direkt nach der Hartz-IV-Reform gekommen, der außerhalb der Plattenbaugebiete nicht zu beobachten war. Das dürfte ein Indiz dafür sein, dass besonders SGB-II-Empfängern mit Kindern nahegelegt wurde, sich eine bezahlbare Wohnung im Stadtgebiet zu suchen. Diese war dann vornehmlich in den Plattenbaugebieten zu finden. Die Folgen:

- In den Plattenbausiedlungen wohnen überproportional viele SGB-II-Bezieher, für die es weniger wahrscheinlich ist, den SGB-II-Status zu verlassen: Langzeitarbeitslose, Familien mit Kindern und insbesondere Alleinerziehende, die es im allgemeinen schwerer haben, aus der Abhängigkeit von Transferleistungen herauszukommen.
- Durch die Ballung von SGB-II-Beziehern in diesen Gebieten kommt es zu Nachbarschaftseffekten, die gleichfalls dazu führen, dass der SGB-II-Status schwieriger zu verlassen ist: Der Status stellt dort ein geringeres soziales Stigma als in anderen Quartieren dar, weil viele Personen Leistungen nach SGB II erhalten. Dementsprechend kann das Bemühen, den SGB-II-Status zu verlassen, durch das nachbarschaftliche Umfeld geschmälert werden. Ebenso fehlen positive Rollenvorbilder, die den Bewohnern vor Augen führen, dass man den SGB-II-Status langfristig verlassen kann.

Der selektive Zuzug verstärkte und verstärkt die Wirkungen der Selektivität der Abwanderung bzw. des Verbleibs: Die Generation derjenigen, die in den 70er und 80er Jahren in den Siedlungen aufgewachsen waren, war und ist seit den 90er Jahren besonders durch Arbeitslosigkeit und Transferleistungsbezug betroffen. Diejenigen aus dieser Generation, bei denen es sich anders verhielt, sind abgewandert.

Insgesamt haben so die Plattenbaugebiete auch **kaum am wirtschaftlichen Aufschwung der letzten Jahre teilhaben** können. Zudem ergeben sich selbst dort, wo die Arbeitslosigkeit abnimmt, nicht umstandslos auskömmliche Familieneinkommen. **Marcel Helbig:** Während in einer Reihe ostdeutscher Städte die SGB-II-Quoten in innerstädtischen Gebieten oder den Vororten seit der Hartz-IV-Einführung um 40 Prozent zurückgegangen seien, falle der Rückgang in den Plattenbaugebieten wesentlich geringer aus, und mancherorts sei die SGB-II-Quote auch angestiegen. Folglich konzentrieren sich in den Siedlungen nun zunehmend soziale, kulturelle und politische Probleme.

Matthias Horn (Stadtentwicklung Rostock) verwies darauf, dass **individueller wirtschaftlicher Erfolg** ein **Motor der Segregation** sei: Diejenigen, die vorher im Plattenbau wohnten, können sich nun ein Häuschen leisten. Auch spielten Faktoren, die in den Plattenbausiedlungen meist ausreichend vorhanden sind, wie Grünflächen oder Parkplätze, bei der Wohnortentscheidung kaum eine Rolle. Denn der größte Wohnungsmarktdruck bestehe meist da, wo es sie nicht gibt, z.B. in den Innenstädten.

Wohn- und Lebensqualität

Ralf Protz vom Kompetenzzentrum Großsiedlungen Berlin verwies darauf, dass es in der Bundesrepublik zirka vier Millionen Wohnungen in Großwohnsiedlungen gebe. Das seien 20 Prozent des Mietwohnungsmarktes mit etwa acht Millionen Bewohnern. Er regte den internationalen Vergleich an. Dieser könne durchaus ein wenig Mut machen. Man merke dann, dass „wir gar nicht so schlecht sind. Wir diskutieren auf sehr hohem Niveau“. In anderen Ländern seien Großsiedlungen Standard, etwa in China und Rußland, und in fast keinem anderen Land werde derart problembehaftet über Großsiedlungen gesprochen wie in Deutschland.



Ralf Protz

So sei **bezahlbares Wohnen** keine Selbstverständlichkeit, aber **in den Plattenbausiedlungen gesichert**. Im übrigen seien die innere Wahrnehmung, die die Bewohner der Quartiere haben, und die Wahrnehmung von außen ganz oft sehr verschieden. Auch heiße, arm zu sein, nicht immer, sozial auffällig zu

sein. Vor allem aber: Die Großwohnsiedlungen seien **nicht die Verursacher, sondern die Austragungsorte sozialer Probleme**.

Von den Einwohnern finden sich als **Stärken** neben den bezahlbaren Mieten regelmäßig die umfangreichen Grünanlagen und Versorgungseinrichtungen genannt, so berichtet **Katrin Reimer-Gordinskaya** (Hochschule Magdeburg-Stendal) am Beispiel Stendal-Stadtsee. Als **Schwächen** werden das sich verändernde soziale Umfeld, Sicherheits- und Sauberkeitsdefizite angegeben. Man sei misstrauisch geworden, öffne keine Türen, wenn man nichts erwartet, kenne nur sehr wenige Menschen im Haus, sehe den Zuzug von augenscheinlich Nicht-Deutschen sehr negativ. Aussagen zum sich verstärkenden Ausländeranteil würden häufig mit der Artikulation befürchteter sozialer Spannungen verbunden.

Dagmar Schmidt vom Quartiersmanagement Magdeburg Neu-Olvenstedt berichtete, dass es dort im Grundsatz alles gebe, was man sich wünschen könne: Nahversorgung, Schulen, Krankenhaus, Sehenswürdigkeiten und Grün. Was in dem Stadtteil – einst für über 40.000 Bewohner konzipiert, heute 10.500 dort lebend – aber fehle, sei etwas Entscheidendes: **wirkliche Begegnungsorte** und **gelebte Nachbarschaft**. Diese entwickelten sich nur langsam (wieder). Einer der Gründe: Der zentrale Marktplatz „Olven 1“ sei

durch ein großes überregionales Einkaufszentrum in der Nähe entwertet worden.

Quartiersmanagement und Vor-Ort-Initiativen versuchten, gegenzusteuern und knüpften dabei unter anderem an das integrierte Kunstkonzept an, das seit Baubeginn verfolgt worden war. So waren Blöcke mit „Hauszeichen“ versehen worden, um Erkennbarkeiten herzustellen und damit zugleich eine Alt-Magdeburger Tradition aufnehmend. Einige dieser **Hauszeichen** hätten vor dem Abriss von Plattenbauten gesichert und an anderen Häusern wieder angebracht werden können. Es würden **Kunstspaziergänge** durchgeführt, die den Blick der Einwohner für ihre unmittelbare Umgebung schärften und Begegnungsanlässe schufen. Durch Aktionen wie eigene Wandbemalungen erfuhren Jugendliche, dass man die eigene Umwelt selbst mitgestalten könne.



Dr. Dagmar Schmidt



Postkarte zu den Kunstspaziergängen in Magdeburg Neu-Olvenstedt

Philipp Kienast vom Kreativkollektiv Freiraumgalerie in Halle konnte vergleichbares aus Halle-Neustadt berichten: In dem Stadtteil sei ein sehr hoher Anteil an Kunst im öffentlichen Raum aus der DDR-Zeit überkommen. Daran knüpfte die Freiraumgalerie an. Nachdem es ihr gelungen war, im Halle-schen Osten dem heruntergekommenen Altstadtquartier Freimfelder Straße durch radikale künstlerische Aufwertung des öffentlichen Raums eine Richtungs-wende zu verschaffen, war sie von der Stadtverwaltung nach Halle-Neustadt eingeladen worden. Seither wurden mehrere **großformatige Giebelbilder** realisiert, dies immer begleitet durch **Betei-**



Freiraumgalerie-Projekt: Giebelfassadengestaltung Halle-Neustadt von Ulrich Reimkasten

ligungswerkstätten mit den Anwohnern. Die Beteiligung heiße auch: Man könne die Bilder mit Geschichten aufladen. Eines der Bilder zeigt Frida Kahlo, und inzwischen sei „Komm, wir treffen uns am Frida Kahlo-Haus“ allgemeiner Sprachgebrauch.

All dies seien kleine Schritte, so **Dagmar Schmidt**. Nach dem Verhältnis von Aufwand und Nutzen dürfe man dabei nicht fragen. Die Kunst biete Gesprächsanlässe für Menschen, die sonst nicht miteinander reden würden. Eigene Gestaltungen seien gleichfalls Gesprächsanlässe, die zudem dazu betrgen, Stigmatisierung und Segregation zu brechen.

Peer Pasternack und **Steffen Zierold** (Institut für

Hochschulforschung Halle-Wittenberg) lieferten ein anderes Beispiel: Als sich die Stadt Halle unlängst am bundesweiten Zukunftsstadt-Wettbewerb beteiligte, rückte sie auf Betreiben von ortsansässigen Wissenschaftsakteuren die Neustadt in den Mittelpunkt der Bewerbung. Denn von Halles Charakter als Kultur- und Wissenschaftsstadt ist die Neustadt bislang nahezu völlig unberührt, obgleich der zweitgrößte Wissenschaftscampus Ostdeutschlands unmittelbar an die nördliche Neustadt grenzt.

Eine ganze Reihe von Hochschul- und Forschungsinstituten engagierte sich drei Jahre lang, um unter dem Titel „**neu.stadt.campus**“ Konzepte für eine „Bildungshochburg“ Neustadt zu entwickeln und räumliche wie funktionale Verbindungen zwischen dem Wissenschaftsquartier Weinberg-Campus/Heide-Süd und Neustadt zu entwerfen. Das Fraunhofer-Institut für Mikrostruktur von Werkstoffen und Systemen Halle (IMWS) z.B. arbeitete dazu, wie die energetische Gestaltung in Halle-Neustadt 2050 aussehen könnte. Dabei waren die Fragen nicht auf schlichte Energieeffizienz begrenzt. Vielmehr ging es darum, wie eine energieschonende, umweltgerechte und so-

ziale Neustadt aussehen kann. Das IMWS koppelte die Themen Energie, Bauen und Mobilität. Hier habe eine bemerkenswerte Aufbruchstimmung erzeugt werden können.



Visualisierte Halle-Neustadt-Zukunftsstadtvision aus dem Fraunhofer IMWS

Eine andere Wissenschafts-Praxis-Kooperation stellte die Wohnbaugenossenschaft HaNeuer vor. Sie setzt mit dem Fraunhofer-Institut IMWS die Initiative „**Zusammenleben 4.0**“ um, die drei große Themenfelder bearbeitet: demografische Entwicklung, Vereinsamung und Digitalisierung 4.0. In der Initiative werden die Menschen im Quartier an modernste Technik herangeführt: sensorgestützte Untersuchungssysteme, Ambient Assisted Living, Dienstleistungsrobotik, maschinelles Lernen, perspektivisch auch autonome Fahrzeuge in nachhaltigen Mobilitätssystemen.

Dies wird wissenschaftlich begleitet. So sollen effektive Prozesse und Technologien identifiziert werden, deren Einsatz den Menschen bis ins hohe Alter ein selbstbestimmtes Leben in der eigenen Häuslichkeit ermöglichen kann. ‚Nebenbei‘ könnten so die Kosten der Pflege- und Gesundheitsversorgung deutlich reduziert werden. Verbunden werde es mit Angeboten im Quartier. Diese fördern die soziale Teilhabe, stärken die Identifikation mit dem Ort und ermöglichen die Einbeziehung informeller Unterstützung (siehe Textkasten S. 18).

Es müssten aber, so hieß es in der Diskussion, nicht immer nur ganz unkonventionelle Ideen sein: „**Konventionelle Ideen sind auch ok**, immerhin sind 95 Prozent der Menschen konventionell.“

Zusammenleben 4.0

Vor dem Hintergrund wegbrechender familiärer Strukturen müssen Modelle gefunden werden, wie menschenwürdiges Altern ermöglicht und gesellschaftlich finanzierbar gestaltet werden kann. Die neuen Problemlagen betreffen gleichermaßen den humanen Umgang mit den Betroffenen und deren selbstbestimmte Partizipation am öffentlichen Leben.

Pilotprojekt in Halle-Neustadt

Ein Wohnquartier mit ca. 4.000 Menschen wird neu konzipiert und Schritt für Schritt altersgerecht umgebaut. Angrenzend leben mehrere Tausend weitere Menschen, die an den geplanten sozialen Innovationen teilhaben können. Der Standort eignet sich besonders, weil bereits heute dort der Anteil der über 65-Jährigen bei 37 % liegt und Investitionen in den Bestand gezielt zur Errichtung altersgerechter Wohnungen genutzt werden können. Halle-Neustadt weist mit seiner nahezu ausschließlich durch mehrgeschossigen Plattenbau geprägten Architektur Möglichkeiten zu einer dezentralen und trotzdem kostengünstigen Pflege und Daseinsvorsorge auf. Von der Stadt der kurzen Wege und der hohen Dichte an Versorgungseinrichtungen profitieren nicht nur die Bewohner, sondern auch ambulante Pflegedienste. Die Flexibilität der Architektur erlaubt es zudem, Pflegeeinrichtungen und Senioren-WGs in bestehende Siedlungsstrukturen vergleichsweise problemlos zu integrieren. Damit kann eine für Betreuung und soziale Stabilität vorteilhafte Mischung der Bewohner gewährleistet werden.

Konkrete Elemente

- Menschen in Würde altern lassen, finanzierbar für jeden trotz teilweise gebrochener Erwerbsbiografien ► gesellschaftliche Kosten senken
- Organisation von generationenübergreifendem Wohnen
- Senioren können so lange wie möglich in Wohnung wohnen ► Gemeinschaftsgefühl wird neu organisiert
- Unterstützung untereinander (Ehrenamt, soziales Unternehmertum)
- Aufrechterhaltung der sozialen Mobilität
- Optimierung der pagedienstlichen Versorgung im Quartier ► Kostenreduktion durch optimierte Pflege Logistik & langfristige Verträge
- Übermittlung von Gesundheitsdaten aus Wohnung in zentrale Stelle ► Gesundheits- und Pflegekosten minimieren, da niedriger Pflegegrad gehalten wird
- Stadtteilzentrum: Gesundheit, Sport, Kommunikationsinsel
- Wegesysteme für Jung und Alt
- Erprobung neuer Mietpreismodelle
- Urban Gardening ► Grüne Inseln im Quartier
- Tierbetreuung

Akteure

Unterstützt vom Fraunhofer IMWS und dem Universitätsklinikum Halle betreibt die HaNeuer Wohnungsgenossenschaft ein Pilotzentrum für neue Technologien der Unterstützung von Prävention und kurativer Pflege, neue Konzepte der Daseinsvorsorge und deren ökonomischer Effektivität.

Plattenbausiedlungen und Politik

Peer Pasternack und **Steffen Zierold** vom Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg rückten am Beispiel Halle-Neustadts auch die politischen Folgen der Segregationstendenzen in den Vordergrund, und **Katrin Reimer-Gordinskaya** hat das in Stendal-Stadtsee untersucht. Die **Erwartungen an die Politik** seien demnach bei den Bewohnern der Plattenbausiedlungen **überwiegend gering**. Man könne sich dazu die Zustimmungswerte der Parteien ansehen, die als wesentliche Träger des 1990 übernommenen politischen Systems wahrgenommen werden, also CDU, SPD und FDP: In Halle-Neustadt z.B. kamen in den Wahlen 2014–2019 diese drei Parteien zusammengerechnet auf nur noch 30 und 46 Prozent.

Wahlen seit den 90er Jahren: stärkste Partei in Halle-Neustadt

Jahr	1994			1998		1999	2011	2013	2014	2016	2017	2019
	Stadt	Land	Bund	Land	Bund	Stadt	Land	Bund	Stadt	Land	Bund	Stadt
Stärkste Partei	PDS		CDU	SPD		PDS	Linke	CDU	Linke	AfD		
mit %	32,0	31,9	31,4	31,9	38,5	28,6	33,8	33,3	36,2	28,3	24,9	24,6

Soweit das konkurrierende populistische Wahlangebot angenommen wird, verberge sich dahinter wesentlich **Institutionen- und Verfahrenskepsis** – die auf eine regressive Weise zum Ausdruck gebracht wird. Hier verschaffe sich ein verbreitetes Gefühl Ausdruck: das, abgehängt zu sein, keinen wirklichen Platz in der neuen Gesellschaft gefunden zu haben, einer Politik und einem administrativen Handeln ausgeliefert zu sein, die konkrete Anliegen der Daseinsvorsorge nicht hinreichend ernst nehmen, kurz: das Gefühl, auf den Zusammenhang, in den das eigene Leben eingebettet ist, keinen Einfluss zu haben.

Als pränanntes Beispiel konnte der **Gimritzer Damm**, der die Neustadt einst vor Überflutung schützte, benannt werden: Seit dem letzten Saale-Hochwasser 2013, bei dem der Damm endgültig marode wurde, werde um dessen Neubau gerungen. Sechs Jahre nach dem Hochwasser und damit potenziell elfmal nach einem vergleichbaren Ereignis stehe der neue Damm noch nicht, sondern sei „in Planung“. Einsprüche durch Landesbehörden, Gerichtsverfahren, Beteiligungsverfahren und Uneinigkeit im Stadtrat verzögerten fortwährend den Baubeginn.



Dr. Gerhard Wünsch, Steffen Zierold

Jeder Verfahrensschritt habe je für sich genommen seine Gründe. Doch das Ergebnis – kein Damm-Bau – sei vor allem geeignet, **verbreitete (Vor-)Urteile** über die mangelnde Leistungsfähigkeit von Politik, Verwaltung und Justiz in Fragen angemessener Daseinsvorsorge zu **bekräftigen**. Verfahren, die dies be-

wirken, seien offensichtlich weder geeignet, Gefährdungslagen zu bewältigen, noch sich ausbreitender Institutionen- und Verfahrenskepsis entgegenzuwirken. Rhetorisch könne man auch fragen: Wieviel Prozente der AfD-Zustimmung in Halle-Neustadt stecken im stockenden Verfahren des Damm-Neubaus?

Reimer-Gordinskaya kam für Stendal-Stadtsee zu vergleichbaren Ergebnissen: Was die AfD-Wahlzustimmung bedeutet, werde meist gegensätzlich beantwortet. Den einen gelte es als Ausdruck rassistischer und anderweitig menschenfeindlicher Einstellungen, den anderen als fehlgeleitete Artikulation sozialpolitischer Forderungen. Für beide Sichtweisen ließen sich Anhaltspunkte in Programmatik und Strategie der AfD sowie Soziodemografie und Einstellungen der AfD-Wähler.innen finden, und allein deshalb griffen sie je für sich genommen zu kurz.

Lange bevor sich die AfD ab 2013 als Partei konsolidierte, hätten sich **Prekarisierung, Erosion sozialer Beziehungen**, Krise der Sorgearbeit, Bildungsarmut sowie mangelnde politische Repräsentation und Teilhabe der Betroffenen mitsamt den Deutungs- und Umgangsweisen auf individueller und kollektiver Ebene bereits verfestigt gehabt.

Die AfD sei dann, so **Pasternack**, zu der Partei geworden, mit der sich in der Wahrnehmung vieler der etablierte politische Betrieb am intensivsten ärgern lasse. Das sei nicht zuletzt an der beträchtlichen Zahl von Wähler.innen erkennbar, die sich zuvor qua Wahlverweigerung bereits aus dem politischen Prozess verabschiedet hatten.

Handlungserfordernisse und -optionen

Aus den Workshop-Referaten, deren Diskussion und den weiteren Beiträgen, die das Buch „Das andere Bauhaus-Erbe. Leben in den Plattenbausiedlungen heute“ enthält, lässt sich eine Reihe von Handlungserfordernissen und -optionen destillieren:

Im Osten Deutschland gibt es nur wenige Probleme hinsichtlich bezahlbaren Wohnraums, aber viele Probleme mit sozialer **Segregation**. Während im Westen die Segregationstendenz eher gleichbleibend ist, nimmt sie im Osten zu. Die räumliche Konzentration einkommensschwacher Haushalte hat **benennbare Ursachen**:

- selektive Fort- und Zuzüge mit der Folge einer sukzessiven sozialen Entmischung,
- die politisch kalkulierten Sätze für die Kosten der Unterkunft (KdU), für die sich Wohnungen zum größten Teil nur in den Plattenbausiedlungen finden lassen, sowie
- rein renditeorientierten Strategien einiger privater Eigentümer, insbesondere Investmentfonds, die auf Sanierungen gänzlich verzichten oder nur Schlichtsanierungen realisieren.

Die beiden letztgenannten Ursachen stehen **politischer Bearbeitung** durchaus offen. So greifen die Städte über die KdU-Regelungen in die Wohnungsmärkte ein und sind damit wichtige Akteure bei der Erzeugung sozialer Segregation.

Indem den Plattenbausiedlungen nicht nur mangelnde bauliche Attraktivität zugeschrieben wird, sondern sie auch zu sozialen Brennpunkten geworden sind, sinkt ihre soziale Attraktivität zusätzlich. Ein wesentlicher Grund dafür: Sozialwohnungen sind bisher vor allem in Gebieten zu finden, in denen ohnehin die Einkommensschwachen wohnen. Wird dort Neubau weiterer Sozialwohnungen realisiert, verstärkt das eher die Segregation.

Hier besteht die Option, **Neubauten in besseren Wohnlagen** mit strikten **Auflagen für einen Anteil von Sozialwohnungen** zu versehen. Sozialer Wohnungsbau sollte eher in den Innenstädten als in Großwohnsiedlungen stattfinden.

Neben dem Wohnungsneubau ist auch der **Umbau der Bestände** eine Möglichkeit, sich den gegenwärtigen und perspektivischen Wohnpräferenzen der Bewohner zu stellen. Der Plattenbau ist, was seine Anpassungsfähigkeit

an veränderte Nutzungsbedürfnisse betrifft, durch die modulare serielle Bauweise sehr gut für Rück- und Umbau geeignet. Obgleich die Gebäude ursprünglich nicht demontabel geplant bzw. errichtet worden waren, bestehen günstige Voraussetzungen für Teilrückbau, Grundrissveränderungen sowie die Fassaden- und Dachgestaltung. Der industrielle Baubestand lässt insofern einen hohen architektonischen Gestaltungsspielraum zu.

Zugleich sind intakte Städte, gute Wohnstandards und Zufriedenheit für die Lebensqualität von ausschlaggebender Bedeutung. **Mit Abbruch** – sprachlich sublimiert zu „Rückbau“ – **allein kann kein Stadtquartier aufgewertet werden**. Ein architektonisch ansprechender, den Mieterwünschen weitgehend angepasster und bezahlbarer Umbau durch Teilrückbau und Modernisierung und/oder Sanierung, gekoppelt mit Wohnumfeldverbesserungen und infrastrukturellen Anpassungen, muss daher immer parallel oder zumindest zeitnah zum Abbruch geplant und zu realisiert werden.



Hohenmölsen: ehemaliges Landratsamt, teilrück- und umgebaut zu Reihenhäusern

Die Erfahrungen der letzten 20 Jahre zeigen, dass **bauliche Lösungen** mit ausreichend politischem Willen **durchaus umzusetzen** sind. Dies dokumentieren ebenso der Stadtumbau Ost mit etwa 320.000 abgerissenen Wohnungen wie die Förderungen von Wohnparks in den 1990er Jahren oder derzeitiger Neubauprojekte. Umgesetzte Baumaßnahmen zeigen z.T. völlig neue, ansprechende Gebäudetypologien im Bestand.

Darüber hinaus können die beim Teilrückbau zurückgewonnenen Betonelemente in Gänze sekundär nachgenutzt werden. Damit wird den schon einmal in Nutzung gewesenen **Betonelementen ein zweites Leben** gegeben. Der Teilrückbau unter Verwendung des dadurch gewonnenen Materials vereint mehrere Vorteile:

- Der Erhalt des verbleibenden Bestandes zusammen mit Modernisierungs- und Sanierungsmaßnahmen führt zur deutlichen Aufwertung von Plattenbauten und der Auflösung der vormals monotonen Struktur ganzer Wohnquartiere. Der verbleibende Gebäudebestand kann bedarfsorientiert umgestaltet werden.
- Vorhandene technische Infrastruktur lässt sich weaternutzen.
- Die beim Rückbau anfallenden Betonelemente lassen sich auf vielfältige Art und Weise nachnutzen, so z.B. im Wohn- und Nicht-Wohnbau, in Form von Ergänzungsbauten zur Aufwertung des Wohnumfeldes und/oder landschaftsgestaltenden Elementen.
- Die Substitution von Primärrohstoffen bewirkt reduzierten Energieaufwand, der bei Beton-Neuproduktion anfallen würde, um 95 Prozent inklusive der gravierenden Verminderung klimabedingter Koppelprodukte. So werden anstelle von 394 Kilogramm CO₂-Emissionen, die bei der Produktion von einer Tonne Fertigteilbeton freigesetzt werden, bei der Bereitstellung einer Tonne gebrauchtem Betonbauteil nur 12 Kilogramm CO₂ emittiert.

Vor dem Hintergrund, **Ressourceneffizienz mit Energieeffizienz** zu vernetzen, ist die Wiederverwendung von Betonelementen eine echte Alternative und ergänzende Lösung zum konventionellen Bauen.

Mit neuem Wohnungsbau kann sich die Chance ergeben, das Wohnungsangebot zu erweitern, um ein **breiteres Spektrum potenziell interessierter Mieter** anzusprechen. Dies ist zwar noch ein ungedeckter Wechsel auf die Zukunft. Bisher sind attraktive Wohnprojekte überwiegend durch Umzug innerhalb der jeweiligen Siedlung belegt worden: Wer eine dieser Wohnungen bezog, verließ also zugleich eine andere. Sofern der Zuzug von neuen Mietern ausbleibt, werden sich erneute Wohnungsleerstände ergeben.

Immerhin aber gibt es inzwischen auch in Ostdeutschland Städte mit Wohnraummangel. Hier können die Plattenbausiedlungen interessant werden. So können im **Verbund mit benachbarten Wohnbauten**, die am Rande der Plattenbausiedlungen entstehen, Wohnquartiere mit eigener Quartiersidentität entstehen. Auf diese Weise ließen sich aus einer Großwohnsiedlung **mehrere überschaubare Siedlungen** mit unterschiedlichem Charakter gestalten.

Zumindest in den Großwohnsiedlungen – nicht immer in den kleineren Plattenbauquartieren – gibt es infrastrukturell das meiste, was im allgemeinen gewünscht wird: Nahversorgung, Schulen, Krankenhaus, Sehenswürdigkeiten und Grün. Was fehlt, sind wirkliche **Begegnungsorte und gelebte Nachbarschaft**. Kultur wird überwiegend von freien Trägern angeboten. Partizipation wird über Projektförderungen organisiert. Selbst Quartiersmanagement muss immer wieder über Fördermittel neu ausfinanziert werden.



Magdeburg: Langzeitaktion „Mapping Olvenstedt“ zur Bewusstmachung der Qualitäten des öffentlichen Raumes

Häufig fehlen hingegen **Orte urbanen Lebens**, also der Begegnung im öffentlichen Raum, die über eine hohe Aufenthaltsqualität verfügen. Nötig sind solche zentralen Treffpunkte aber, um die Siedlungen als beheimatend erfahren zu können. Sie sollten öffentlichen Raum, Nahversorgung, (Sozio-) Kultur, Kunst, Nachbarschaftszentrum und freies WLAN verbinden. Generell muss (weiter) in die Gestaltung der Lebensqualität investiert werden. Hier braucht es

- soziale, kulturelle und Bildungs-Angebote, vor allem für finanziell schwache oder ausgegrenzte Kinder sowie Alleinerziehende, Geflüchtete und Ältere
- die Förderung von Selbstorganisation, Empowerment und Partizipation, z.B. durch Unterstützung von Initiativen der Stadtteilbewohner.innen
- eine ausgewogene Mischung günstigen – z.B. noch nicht vollsanierten – und höherwertigen Mietwohnraums
- Erhalt bzw. Schaffung von Gewerberaum und multifunktionalen Räumlichkeiten, u.a. für Firmen, Kinder- und Jugendarbeit, Veranstaltungen sowie Aktivierungen im zweiten und dritten Beschäftigungssektor
- Erhalt und bei Bedarf Neuerstellung von Wegebeziehungen, Grün- und

Freizeitflächen, städtischen Plätzen, barrierefreien Fuß- und Radwegen, sicheren Querungen und Zugängen zum ÖPNV

Besonders heikel sind die hohen Anteile unter den **Kindern**, die **in Bedarfsgemeinschaften** leben. Im Durchschnitt lag die Kinderarmutsquote zwischen 2005 und 2014 in den jüngeren Plattenbausiedlungen bei 49 Prozent, in den älteren Siedlungen bei 38 Prozent. Die **Betreuungs- und Schulinfrastruktur** ist in zahlreichen Siedlungen sanierungs- und erweiterungsbedürftig. Für angemessene Bildung ist diese jedoch eine zentrale Voraussetzung, und Bildung wiederum entscheidet über das künftig individuell realisierbare Ausmaß an gesellschaftlicher Teilhabe. Dazu muss die Generation der heutigen Kinder und Jugendlichen für ein Leben **jenseits der Prekarität** ertüchtigt werden.

Das diesbezügliche Ziel lässt sich schlicht formulieren: Es soll dereinst **kein biografischer Nachteil** gewesen sein, Kindheit und Schullaufbahn in einer Plattenbausiedlung verbracht bzw. absolviert zu haben. Das muss dann ins Konkrete übersetzt werden, z.B. so:

- schrittweise Absenkung der Schulabbrecherquote pro Jahr um einen Prozentpunkt;
- schrittweise Herstellung der Ausbildungsfähigkeit aller, indem die Quote jährlich um einen Prozentpunkt gesteigert wird;
- schrittweise Angleichung der Übergangsquote von der Grundschule zum Gymnasium an den Landesdurchschnitt, auch hier pro Jahr ein Prozentpunkt Steigerung als Zielmarke.

Sind die Ziele definiert, müssen die dafür nötigen (Personal-)Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.

Für die Generation am anderen Ende der Lebensspanne sind intensivierte Anstrengungen nötig, Wohnraum und -umfeld barrierefrei zu gestalten. Zahlreiche Wohnungsgesellschaften investieren bereits entsprechend, um Menschen **bis ins hohe Alter ein selbstbestimmtes Leben** in der eigenen Häuslichkeit ermöglichen, sie also nicht als Mieter zu verlieren.

Zugleich erreicht inzwischen eine Generation das Rentenalter, die deutlich öfter von Arbeitslosigkeit und Transferleistungsbezug betroffen war und ist. Deren Rentenbezüge fallen sehr viel geringer aus als die der vorangehenden Generation. Die **Menschen mit gebrochenen Erwerbsbiografien** werden genau die **preiswerten Wohnungen benötigen**, die in den Plattenbausiedlungen heute zur Verfügung stehen. Vor dem Hintergrund der zu erwar-

tenden Altersarmut müssen daher Sanierungsmaßnahmen und Investitionen mit den entsprechenden Teuerungseffekten genau abgewogen werden.



Blick über Halle-Neustädter Dächer zum Wissenschaftsquartier
Weinberg Campus/Heide-Süd

Die notwendigen Instrumente zur Umsetzung der Problembearbeitungen müssen **alle Ebenen** betreffen, da der regionale Arbeitsmarkt genauso entscheidend ist wie zeitgemäße Regelungen bei den Kosten der Unterkunft oder informelle Wohnraumkonzepte. Die Akteure der Wohnungswirtschaft und kommunalen Verwaltung brauchen ausreichend **finanzielle und juristische Spielräume**, sodass kontinuierliche Möglichkeiten bestehen, auf die vielfältigen und sich wandelnden Anforderungen zu reagieren.

Denn aufgeben lässt sich die Mehrzahl der Siedlungen weder als Baubestand noch als Sozialraum. Die Plattenbauquartiere werden überwiegend gebraucht, da ihre vielen Bewohner:innen **anderweitig nicht unterzubringen** wären. Und indem dort Menschen ihr Leben leben, handelt es sich um einen der lebendigsten Teile des Bauhaus-Erbes bzw. seiner Wirkungsgeschichte.

Zusammenfassung

Probleme	Lösungen
soziale Segregation	Vermeidung weiterer sozialer Entmischung: selektiven Fort- und Zuzügen entgegenwirken durch <ul style="list-style-type: none"> • andere Kalkulation von KdU-Sätzen • Rückerwerb von Fondsgesellschafts-Immobilien • Sozialwohnungsneubau nicht mehr in Plattenbau-, sondern gut situierten Gebieten
soziale Integration	Begegnungsorte im öffentlichen Raum und gelebte Nachbarschaft durch <ul style="list-style-type: none"> • zentrale Treffpunkte mit Nahversorgung, (Sozio-)Kultur, Kunst, Nachbarschaftszentrum, freiem WLAN • Dauerfinanzierung Quartiersmanagement aus städtischem Haushalt, da Daueraufgabe Förderung von Selbstorganisation, Empowerment und Partizipation – Unterstützung von Initiativen Steigerung der Lebensqualität: <ul style="list-style-type: none"> • Erhalt/Schaffung von Gewerberaum und multifunktionellen Räumlichkeiten • Erhalt/Neuerstellung von Wegebeziehungen, Grün- und Freizeitflächen, barrierefreien Fuß- und Radwegen, sicheren Querungen und Zugängen zum ÖPNV • Wohnraum und -umfeld barrierefrei für Senioren und Familien
Kinder in Bedarfsgemeinschaften	Bildung = Ertüchtigung für ein Leben jenseits der Prekarität: <ul style="list-style-type: none"> • Bedarfsanpassung der Betreuungsstruktur incl. (Personal-)Ressourcen • Bedarfsanpassung der Schulinfrastruktur • Absenkung Schulabbrecherquote: jährlich –1 Prozentpunkt • Herstellung Ausbildungsfähigkeit: jährlich +1 Prozentpunkt • Angleichung Übergangsquote zum Gymnasium an Landesdurchschnitt: jährlich +1 Prozentpunkt
Abriss-Image	<ul style="list-style-type: none"> • Abbruchmaßnahmen mit Umbaumaßnahmen zeitlich koppeln: Erfahrbarkeit des Gewinns, der mit dem Abriss möglich wird. • Sekundäre Nachnutzung der Betonressourcen im Wohn- und Nichtwohnbau, für Ergänzungsbauten zur Aufwertung des Wohnumfeldes, als landschaftsgestaltende Elemente
Wohnpräferenzen	Anpassung an veränderte Nutzungsbedürfnisse durch Umbau der Bestände und Wohnungsangebotserweiterung: <ul style="list-style-type: none"> • monotone Struktur aufbrechen • Teilrückbau • Grundrissveränderungen • Fassaden- und Dachgestaltung • Modernisierung und/oder Sanierung • Wohnumfeldverbesserungen • infrastrukturelle Anpassungen preiswerte Wohnungen für Rentner.innen mit gebrochenen Erwerbsbiografien
Wohnraum-mangel in Altstädten	<ul style="list-style-type: none"> • Plattenbausiedlungen als Reserve • ausgewogene Mischung günstigen und höherwertigen Mietwohnraums • Verbünde mit Wohnbauten am Rande der Plattenbausiedlungen → Wohnquartiere mit eigenen Quartiersidentitäten, statt Großwohnsiedlung mehrere überschaubare Siedlungen unterschiedlichen Charakters

Die Expertenplattform

Die Mitglieder der Expertenplattform arbeiten an Hochschulen, Einrichtungen der außer-universitären Forschungsorganisationen und an freien Instituten in Sachsen-Anhalt. Die Plattform bietet einen Rahmen, der es neben der Vernetzung ihrer Mitglieder erlaubt, von außen auf diese versammelte Expertise zuzugreifen. <http://expertenplattform-dw.de/>

